

presse

Anpiff zur Fußball-WM in Afrika – Rote Karte gegen Kinderarbeit

Anlässlich des internationalen Tages gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2010 erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

In den kommenden vier Wochen schaut die ganze Welt nach Südafrika. Die erste Fußball-Weltmeisterschaft auf afrikanischem Boden ist aber auch eine große Chance für die Entwicklung des gesamten Kontinents. Dazu zählt auch die wirksame Bekämpfung der Kinderarbeit, die vor allem in Afrika südlich der Sahara in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

Weltweit müssen 215 Millionen Kinder arbeiten, davon allein 65 Millionen in Afrika südlich der Sahara. Damit muss rund jedes vierte Kind zum Überleben der eigenen Familie beitragen. Das ist ein untragbarer Zustand. Um dies zu ändern, muss Deutschland Maßnahmen verstärken, die dazu beitragen, die Kinderarbeit zu stoppen. Ein wichtiger Schritt wäre, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen unter anderem zur Beschaffung von Gütern für alle Bürger einsehbar nachzuweisen, dass die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen mit dem Verbot von Kinderarbeit eingehalten wurden.

Zehn Jahre nach der Verabschiedung muss die Internationale Konvention gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit endlich weltweit gelten. Die internationale Gemeinschaft muss den Kampf gegen die Ausbeutung von Kindern vorantreiben und dafür sorgen, dass die 1999 verabschiedete ILO-Konvention 182 gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit endlich weltweit gilt und beachtet wird.

Millionen von Kindern arbeiten anstatt in die Schule zu gehen, weil ihre Eltern bereits nicht zur Schule gegangen sind. Auch wenn arme Eltern ahnen, wie wichtig Bildung für ihre Kinder ist, die Hürden für einen Schulbesuch sind groß: schlecht ausgebildete Lehrer, Schulgebühren oder einfach fehlende Schulen. Also schicken arme Eltern auch ihre Kinder zur Arbeit statt in die Schule.

Die Bundesregierung muss hier endlich Farbe bekennen und gemeinsam mit den Partnerländern wirksame Konzepte zur Bekämpfung der Kinderarbeit entwickeln. Dazu gehört neben der Verbesserung der Einkommenssituation der Eltern vor allem das Thema Bildung. Denn eines ist klar: Durch die Beseitigung von Kinderarbeit wird Kindern überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen, sich über Bildung eine eigene wirtschaftliche Existenz für später aufzubauen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich in den Verhandlungen mit den Entwicklungsländern für die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht einzusetzen. Außerdem müssen sich die weltweit tätigen Unternehmen weitaus stärker als bisher auf die Selbstverpflichtungen gegen Kinderarbeit im Rahmen der UN-Initiative Global Compact und der OECD-Leitsätze verpflichten.